

Plenarprotokoll 16/158

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

158. Sitzung

Berlin, Freitag, den 25. April 2008

(...)

Rednerinnen und Redner:

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

Manfred Grund (CDU/CSU)

Dirk Niebel (FDP)

Jan Mücke (FDP)

Maria Michalk (CDU/CSU)

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE)

Anton Schaaf (SPD)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE)

Anton Schaaf (SPD)

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 30 a bis 30 q auf:

a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines

Zweiten Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (2.

AAÜGÄndG) (Drucksache 16/7035)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Innenausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Haushaltsausschuss

b) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Keine Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten gegenüber Älteren in den neuen Bundesländern bei der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht (Drucksache 16/7019).

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Innenausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

c) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Gerechte Alterseinkünfte für Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR (Drucksache 16/7020)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

d) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Gerechte Lösung für die rentenrechtliche Situation von in der DDR Geschiedenen (Drucksache 16/7021)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

e) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Schaffung einer gerechten Versorgungslösung für die vormalige berufsbezogene Zuwendung für Ballettmitglieder in der DDR (Drucksache 16/7022)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

f) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Regelung der Ansprüche der Bergleute der Braunkohleveredlung (Drucksache 16/7023)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

g) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Beseitigung von Rentennachteilen für Zeiten der Pflege von Angehörigen in der DDR (Drucksache 16/7024)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

h) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Rentenrechtliche Anerkennung für fehlende Zeiten von Land und Forstwirten, Handwerkern und anderen Selbstständigen sowie deren mithelfenden Familienangehörigen aus der DDR (Drucksache 16/7025)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

i) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Rentenrechtliche Anerkennung von zweiten Bildungswegen und Aspiranturen in der DDR (Drucksache 16/7026)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

j) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Rentenrechtliche Anerkennung von DDR-Sozialversicherungsregelungen für ins Ausland mitreisende Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie von im Ausland erworbenen rentenrechtlichen Zeiten (Drucksache 16/7027)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

k) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Rentenrechtliche Anerkennung aller freiwilligen Beiträge aus DDR-Zeiten (Drucksache 16/7028)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

l) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Kein Versorgungsunrecht bei den Zusatz- und Sonderversorgungen der DDR (Drucksache 16/7029)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

m) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Regelung der Ansprüche und Anwartschaften auf Alterssicherung für Angehörige der Deutschen Reichsbahn (Drucksache 16/7030)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Innenausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

n) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Angemessene Altersversorgung für Professorinnen und Professoren neuen Rechts, Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Dienst, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Beschäftigte universitärer und anderer wissenschaftlicher außeruniversitärer Einrichtungen in den neuen Bundesländern (Drucksache 16/7031)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Innenausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

o) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Schaffung einer angemessenen Altersversorgung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortgesetzt haben (Drucksache 16/7032)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Innenausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

p) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Schaffung einer angemessenen Altersversorgung für Angehörige von Bundeswehr, Zoll und Polizei, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortgesetzt haben (Drucksache 16/7033)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Innenausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

q) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Gregor Gysi, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Einheitliche Regelung der Altersversorgung für Angehörige der technischen Intelligenz der DDR (Drucksache 16/7034)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Für die Aussprache ist eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion Die Linke fünf Minuten erhalten soll. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Dr. Gregor Gysi von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Überleitung der Anwartschaften und der Renten in Ostdeutschland auf die Bundesrepublik Deutschland ist viel geleistet worden. Sehr viele Menschen in den neuen Bundesländern bekommen aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen eine durchaus angemessene Rente und können davon in Würde leben.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Im Gegensatz zur Zeit davor!)

Es gab allerdings beachtliche Ausnahmen im Strafrecht, Ungerechtigkeiten und Lücken im Rentenrecht. Mich stört besonders die Tatsache, dass der Bundestag immer nur auf Beschluss des Bundesverfassungsgerichts Korrekturen vorgenommen hat.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das ist nicht wahr!)

Die Mehrheit des Bundestages war nie der Meinung, dass an der einen oder anderen Stelle Korrekturen notwendig sind. Das wäre aber dringend erforderlich gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Gysi, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Grund?

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Ja.

Manfred Grund (CDU/CSU):

Herr Kollege Gysi, es ist nicht wahr, dass der Bundestag nicht aus eigenem Ermessen gehandelt hat. Er hat in mindestens zwei Fällen gehandelt, zum einen bei der Anhebung der Kappungsgrenze auf E 3, wodurch viele ehemalige Angehörige der bewaffneten Streitkräfte der DDR in die Rentenversicherung aufgenommen wurden, und zum anderen bei der Eisenbahnerversorgung. Das sind mindestens zwei Fälle, die Ihrer Aussage widersprechen. Bestätigen Sie, dass der Bundestag nicht nur auf Druck des Bundesverfassungsgerichts, sondern auch aus eigenem Ermessen gehandelt hat?

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Nein, das bestätige ich nicht; denn das alles geschah im Zusammenhang damit, dass das Bundesverfassungsgericht entschieden hatte, dass etwas korrigiert werden muss. Sie sind dabei sicherlich noch ein, zwei Schritte weitergegangen. Aber eine Eigeninitiative seitens der Mehrheit des Bundestages hat es nicht gegeben.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Morgen werden Sie das schon wieder anders beantworten!)

Jetzt kommen wir zur Frage des Strafrechts; dabei geht es um die Staatsnaken. Sie wissen, wie viele Jahre dies das Parlament beschäftigt hat. Ich kenne alle diesbezüglichen Angriffe aus der CDU/CSU, die ich übrigens deshalb für so falsch halte, weil sie nach unvergleichlich schlimmeren Verbrechen nach 1945 nicht eine einzige Rentenkürzung vorgenommen, hier aber plötzlich ganz anderes gespielt hat.

Im Übrigen ist das Rentenrecht dafür überhaupt nicht geeignet. Man kann Biographien unterschiedlich beurteilen und kann Menschen auch strafrechtlich zur Verantwortung ziehen; das kann man alles machen, aber das hat mit der Höhe der Rente, auf die jemand Anspruch hat, nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen erwarte ich von der SPD, dass sie zu ihrem Antrag steht, den sie in der Opposition gestellt hat. Darin haben Sie verlangt, dass alle entsprechend ihrem Einkommen eine Rente beziehen sollten. Es darf doch nicht wieder das passieren, was wir aus Wahlkämpfen kennen: Die SPD verspricht das eine, und wenn sie dann regiert, macht sie das Gegenteil. Hier beantragen Sie das eine in der Opposition, und wenn Sie in der Regierung sitzen, setzen Sie davon nichts um. Auch das darf nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN - Dirk Niebel [FDP]: Wie ist das denn in Berlin?)

- Geben Sie mir eine Viertelminute Redezeitverlängerung;

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Nein, um Gottes willen! Es soll ein schönes Wochenende werden!)

dann sage ich euch gern etwas zu Tempelhof. Sie haben unterschrieben, dass Tempelhof geschlossen wird, Ihre Regierung, getragen von CDU und FDP, Ihr Regierender Bürgermeister, Herr Diepgen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben die Tatsachen geschaffen, und heute wollen Sie das Volk vorführen, indem Sie einen Volksentscheid organisieren,

(Zuruf von der CDU/CSU: Künstliche Aufregung!)

von dem Sie wissen, dass er gar nicht funktionieren kann. Nein, Sie sind in diesem Punkt am unglaublichsten, um das ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Gysi, Ihre Redezeit würde verlängert, wenn Sie dem Kollegen Niebel die Chance gäben, eine Zwischenfrage zu stellen.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Na gut, dann machen wir das so. Aber die Uhr läuft ja noch, Herr Präsident. - Nein, jetzt steht sie.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Niebel.

Dirk Niebel (FDP):

Sehr geehrter Kollege Gysi, ich freue mich, Ihre Redezeit ein Stück weit verlängern zu dürfen, denn das könnte ja Erhellung für die Menschen in diesem Land mit sich bringen.

Sie haben den Sozialdemokraten gerade vorgeworfen, dass sie in der Opposition Dinge sagen, die sie in der Regierung nicht machen. Nun haben Sie sich persönlich medienöffentlich und hat sich Ihr Parteivorsitzender gestern in diesem Hause hinsichtlich der Bewertung von Volksentscheiden geäußert; Ihr Parteivorsitzender sehr klar, Sie eher unklar. Deswegen gebe ich Ihnen gern die Gelegenheit, uns allen zu sagen, was denn Ihre Position ist.

Sie haben hier in der Opposition mehrfach - meines Erachtens völlig zu Recht - mehr plebiszitäre Elemente gefordert, also mehr Möglichkeiten der Menschen in diesem Land, an Entscheidungen teilhaben zu können. Sie sind im Land Berlin Mitglied der Landesregierung. Nun gibt es am Sonntag in Berlin einen Volksentscheid, der weit über die Stadtgrenzen Berlins hinaus für Interesse gesorgt hat, denn es geht um ein Symbol und um einen Wirtschaftsfaktor.

Wenn das Volk entschiede, dass Tempelhof offen bleiben soll - anders, als Sie es inhaltlich für richtig halten - , und Sie hier als Oppositionspolitiker fordern, Volksentscheide durchzuführen und sich selbstverständlich daran zu halten, weil es ein Volksentscheid und kein Volksvorschlag ist, wie werden Sie sich dann als Regierungspartei in Berlin verhalten?

Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Niebel, wenn wir jetzt den Gegenstand der Debatte verändern, wogegen ich gar nichts habe, dann unterhalten wir uns darüber.

Erstens. Dass es in Berlin Volksentscheide gibt, liegt an der Linken. Sie hat das durchgesetzt, und wir mussten auch die SPD davon erst überzeugen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das darf man doch einmal erwähnen.

Zweitens stimme ich Ihnen völlig zu, dass die Ergebnisse von Volksentscheiden selbstverständlich bindend sein müssen; anderenfalls muss man sie nicht durchführen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha!)

Nun gibt es zwei Arten von Volksentscheiden: Es gibt solche, die empfehlenden Charakter haben, und solche, die Gesetzgebungscharakter haben.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das ist Dialektik!)

- Ja, die evangelische Kirche mit Bischof Huber macht das in Berlin jetzt klüger: Sie unterbreitet gleich einen Gesetzentwurf, und deswegen wäre das Ergebnis dann auch verbindlich.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt bekommen wir Nachhilfe!)

Das Problem ist, dass ich auch bei den anderen dafür bin, dass man sich danach richtet, es sei denn, dass zwingende rechtliche Gründe dagegen sprechen. Dies sind hier ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, eine Unterschrift der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP

(Zuruf von der CDU/CSU: Stimmt doch gar nicht!)

sowie eine Unterschrift des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen. Dies alles spricht dagegen.

Was Herr Pflüger hier macht, ist wirklich übel. Herr Pflüger weiß, dass Herr Diepgen das Gegenteil beschlossen hat, und sagt, jetzt sei die Situation ein bisschen anders, und führt einen Volksentscheid durch, bei dem er weiß, dass das Ergebnis rechtlich gar nicht umsetzbar ist. Das ist ein Betrug am Volk, den nicht der Senat begeht.

Das ist meine Antwort.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt möchte ich aber zu den Renten zurückkommen, weil es ja eigentlich um sie geht.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Gysi, würden Sie noch eine Zwischenfrage erlauben, und zwar des Kollegen Mücke?

(Zurufe von der CDU/CSU: Aber nicht zu Tempelhof!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident, Sie müssen das entscheiden. Ich antworte gern noch einmal zu Tempelhof, aber eigentlich sind wir in einer anderen Debatte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich gebe Ihnen die Gelegenheit dazu.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Gut.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte, Herr Mücke.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Die Frage sollte auch durch Volksentscheid entschieden werden!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Die Frage sollte durch einen Volksentscheid entschieden werden, meint Herr Benneter. Das wäre spannend.

(Beifall bei der LINKEN)

Jan Mücke (FDP):

Herr Kollege Gysi, Sie haben gerade freundlicherweise festgestellt, dass Sie selbstverständlich Bürgerentscheide und Volksentscheide für rechtlich bindend ansehen und sich die Linke entsprechend verhalten werde. Wie erklären Sie sich dann, dass sich Ihre Partei in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden bei der Frage der Waldschlösschenbrücke anders verhalten

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

und drei Jahre lang einen rechtlich bindenden Bürgerentscheid nach Strich und Faden hintertrieben und ausgehebelt hat?

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Da hätten Sie sagen müssen: die Hälfte der Fraktion; denn die andere Hälfte der Fraktion hat eine gänzlich andere Auffassung.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Das kennen Sie nicht, dass man in einer Partei unterschiedliche Auffassungen haben kann. Aber in unserer gibt es das, während es bei Ihnen so ist, dass Sie immer im Nachhinein Ihre Auffassungen ändern. Das finde ich viel übler.

Im Übrigen sage ich Ihnen ganz klar: Ich hätte immer respektiert, was durch den Volksentscheid entschieden worden war. Das ist völlig richtig.

(Jan Mücke [FDP]: Also sind Sie für die Brücke?)

Da müssen wir noch bestimmte Prozesse durchmachen. Aber in Berlin ist die Situation eine andere. In Dresden hätte man so verfahren können.

In Berlin ist die Sache eine andere, weil hier Bedingungen durch die CDU, die FDP und vor allen Dingen die Landesregierung unter der CDU geschaffen worden sind, an denen wir nicht vorbeikommen. Ich bin dafür, dass wir Dresden als Kulturstadt erhalten. Man muss die Drohungen, die von den entsprechenden Institutionen aus Europa kommen, ernst nehmen. Deshalb bin ich dafür, dass sich alle Politikerinnen und Politiker in Dresden Gedanken darüber machen, wie man vielleicht beides hinbekommt, also die Verkehrsprobleme löst und gleichzeitig Dresden als Kulturstadt erhält.

(Beifall bei der LINKEN)

Mir greift die Aussage "Entweder das eine oder das andere", diese Kompromisslosigkeit einfach zu kurz.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Sie kennen nur Ja und Nein! - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Eierlegende Wollmilchsau!)

- Ich bin gerne bereit, Ihnen weiter zu antworten, wenn der Herr Präsident es mir erlaubt.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich war sehr großzügig, Herr Gysi, das müssen Sie zugeben.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Sie müssen zugeben, dass ich daran unschuldig war oder höchstens halbschuldig.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt lasse ich keine Zwischenfragen mehr zu.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Das ist sehr freundlich.

Dann komme ich jetzt auf die Renten zurück. Ich möchte Ihnen sagen, welche Gruppen vor allem benachteiligt sind. Es sind die Frauen, zum Beispiel die geschiedenen Frauen, weil es in der DDR ein ganz anderes Recht als das gab, das heute gilt. Dadurch haben sie keine Ansprüche auf Rentenanteile. Damit muss man sich einmal beschäftigen. Es gibt aber noch weitere Sachverhalte, die es in der DDR gab und die es heute nicht gibt. Die Bundesregierung reagierte darauf nur dadurch, dass sie sagte: Sachverhalte, die wir nicht kennen, können wir nicht akzeptieren. Ich nenne Ihnen nur zwei Beispiele.

Die privaten Handwerker, Selbstständige, hatten mithelfende Familienmitglieder. So etwas gab es in dieser Form im Bundesrecht nicht. Diese mithelfenden Familienmitglieder waren nicht selbst versichert, aber sie waren automatisch mitversichert und erwarben einen Rentenanspruch. Diese Zeiten werden einfach nicht anerkannt. Vorwiegend Frauen haben dadurch keine Rentenanwartschaft erworben. Das können wir doch nicht so belassen. Das ist einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein zweites Beispiel: Es gab bei uns in der DDR die Möglichkeit, freiwillig Beiträge zu leisten. Die waren gering und betrugen etwa zwei, drei Mark. Aber die Höhe der Beiträge war für die Höhe der Renten nicht entscheidend, sondern die Jahre der Beitragszahlungen waren entscheidend. Diese Jahre werden jetzt nicht anerkannt. Dadurch sind wiederum überwiegend Frauen ganz erheblich benachteiligt. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb haben wir hier Anträge auch zu Gruppen gestellt, bei denen man sich das am wenigsten vorstellen kann. Ich meine die Polizisten und die NVA-Angehörigen, an deren Biografie man gar nichts auszusetzen hatte und die man deshalb in die Polizei und die Bundeswehr übernommen hat. Auch die sind rentenrechtlich benachteiligt, weil ihre Zeiten nicht anerkannt werden. Auch die, die ausgeschieden sind, sind benachteiligt. Somit sind beide Gruppen benachteiligt. Deshalb mussten wir 16 Anträge stellen und einen Gesetzentwurf einbringen.

Ich wollte jetzt eigentlich alle Gruppen nennen, aber Sie haben mir ja die Zeit restlos versaut. Deshalb sage ich nur noch Folgendes zum Schluss: Es wäre schon wichtig gewesen, aufzuzählen, um welche Gruppen es geht. Es geht um private Handwerker und Selbstständige. Nie haben Sie von der FDP einen Antrag zu diesen Gruppen gestellt. Sie behaupten immer, Sie würden diese Leute vertreten, aber nur wir haben Anträge gestellt, damit deren Rentenansprüche endlich anerkannt werden.

(Beifall bei der LINKEN - Manfred Grund [CDU/CSU]: Geht es Ihnen auch um die Staatssicherheit?)

Ich weiß, das ist Ihr Lieblingsthema. Sie werden gleich dazu kommen.

Lassen Sie mich noch etwas zu Ost-West sagen. Denn in einer großen, sehr gebildeten Zeitung steht immer, dass die Ostrentnerinnen und Ostrentner mehr Geld als die Westrentnerinnen und Westrentner bekämen. Diese Zeitung vergleicht jedoch Ehepaare miteinander. Das ist höchst ungerecht, weil bei Ehepaaren im Osten beide Partner Renten beziehen und bei Ehepaaren im Westen nur der Mann und nicht die Frau. Das ist völlig indiskutabel. Das kann man nicht miteinander vergleichen.

Zweitens vergessen Sie zwei Dinge, die ich durchaus zum Nachteil der DDR anführe. Es gab dort so gut wie keine Betriebsrenten, und es gab so gut wie keine Vermögensbildung.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Da wurde auch nichts eingezahlt!)

Das heißt, die Altersversorgung im Westen steht auf drei Füßen, aber die Leute aus den neuen Bundesländern bekommen nur die gesetzliche Rente.

Deshalb müssen wir eines endlich erreichen: dass man für die gleiche Lebensleistung auch die gleiche Rente bezieht. Sie sollten sich dem nicht länger verschließen.

(Beifall bei der LINKEN - Manfred Grund [CDU/CSU]: Lebensleistung, die ihr kaputtgemacht habt!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Maria Michalk von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Maria Michalk (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Gysi, mit Ihren wortgewaltigen und gestikulierenden Darlegungen werden Sie die Probleme, die wir besprechen, nicht lösen. Ich will an Folgendes erinnern: Seit 115 Jahren steht die gesetzliche Rentenversicherung für die soziale Sicherheit in Deutschland. Sie hat viele Höhen und Tiefen erlebt. Sie ist und bleibt die stärkste Säule der Alterssicherung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

1990 ist die Volkskammer angetreten – Herr Gysi, Sie waren damals dabei –, die deutsche Einheit zu vollziehen; das hat Sie nicht gefreut. Man wusste, dass es gerade im sozialen Bereich, vor allem in der Alterssicherung, große Herausforderungen zu meistern galt. Schon damals war es unstrittig, zuerst an diejenigen Frauen und Männer zu denken, die unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg unter schwierigen Bedingungen aufgebaut haben, die vieles auf sich genommen haben und die das Ziel hatten, dass es ihren Kindern, also uns, besser gehen sollte als ihnen.

Wer vergessen hat, wie viele Rentner damals freiwillig über das Renteneintrittsalter hinaus gearbeitet haben – ich verweise auf die aktuelle Diskussion –, weil der Verdienst dann nicht versteuert werden musste – das war DDR-Recht – und so ein paar Mark mehr in der Haushaltskasse oder auf dem Konto waren, der darf keinen Vergleich zur heutigen Situation der Rentner anstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viele mussten feststellen, dass sie um die Früchte ihrer Arbeit betrogen wurden und im Alter mit sehr wenig Rente auskommen mussten. Zum Beispiel bekam meine Nachbarin, die 45 Jahre schwer gearbeitet hatte – sie lebt heute leider nicht mehr –, eine DDR-Rente in Höhe von genau 300 Mark.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Tolles Ergebnis!)

Das wären heute unter 100 Euro.

Die Rentenausgaben haben vor der Einführung der Sozialunion, also am 30. Juni 1990, für dieses Gebiet in der Summe 16,7 Milliarden DDR-Mark betragen. Schon zweieinhalb Jahre später, nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, nach Wiederherstellung der deutschen Einheit und nach den ersten Anpassungen, waren für den gleichen Personenkreis nicht etwa 16,7 Milliarden West-Mark, im Wert also etwa das Doppelte, für die Rentenzahlung gebucht, sondern 53,5 Milliarden DM.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Allein das verdeutlicht die gewaltige Leistung, die im Rahmen der Rentenüberleitungsgesetze vollbracht wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man muss heute sagen: Selbstverständlich war das nicht. Es ist Ausdruck des gemeinsamen Willens des gesamtdeutschen Parlaments gewesen. Man wusste, dass diese Generation nicht die Zeit hat, auf Ergebnisse des Aufschwungs und der endgültigen Angleichung zu warten. Die meisten Rentnerinnen und Rentner haben sich selbst als Gewinner der deutschen Einheit bezeichnet.

Eine japanische Weisheit besagt, dass die größte Kulturleistung eines Volkes die zufriedenen Alten sind. Wenn wir dieser Weisheit folgen, dann müssen wir feststellen, dass wir in dieser Zeit gemeinsam eine großartige kulturelle Leistung vollbracht haben. Das ist auch ein Grund zur Dankbarkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das äußerst zergliederte, zum Teil in Berufsbranchen aufgeteilte und mit Sonderversorgungssystemen angereicherte Rentenrecht der DDR in das bundesdeutsche Rentenversicherungssystem zu überführen, das sich an Arbeitsjahren und tatsächlichem persönlichen Einkommen orientiert, das ist ein komplizierter Vorgang – das leugnet niemand –, und an vielen Stellen war die Kompromissfähigkeit entscheidend. Auch das verschweigen wir heute nicht.

Das deutsche Rentensystem setzt auf den Gleichheitsgrundsatz: Derjenige, der viel einzahlt, bekommt mehr als derjenige, der wenig einzahlt. Das ist die eigentliche Logik unseres Generationenvertrages. Wir wollen daran festhalten. Auch die Bürgerinnen und Bürger in der DDR haben adäquat zu ihrem Einkommen in die Rentenkassen eingezahlt; das ist unstrittig. Klar gab es da auch wieder Ausnahmen. Doch die damaligen Einzahlungsbeträge stehen in keinem Verhältnis zur Höhe der Auszahlungen, die heute vorgenommen werden. Für diese Umbewertung gab es auf der ganzen Welt kein Patentrecht.

Ich nenne beispielhaft eine Leistung im bundesdeutschen Rentenrecht, die heute zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wer erinnert sich denn noch daran, dass wir Regelungen gefunden haben, gemäß denen 150 000 Witwen in den neuen Bundesländern erstmals überhaupt Witwenrente erhielten und die Monatsrente von 760 000 Witwen um 240 D-Mark erhöht wurde? Dies muss man nun auch in Bezug setzen zu einer Rentnerin, die 45 Jahre gearbeitet hat. Das war eine gewaltige Leistung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Michalk, Frau Kollegin Dr. Bunge würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Dirk Niebel [FDP]: Zu Tempelhof!)

Maria Michalk (CDU/CSU):

Bitte schön.

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE):

Frau Michalk, Sie insistieren ja so sehr darauf, dass es Rentenzahlungen nur für die geben dürfe, die Beiträge gezahlt haben. Gibt es nicht auch in der Bundesrepublik Systeme, wo man keine Beiträge bezahlt, aber doch Leistungen erhält? Das gilt ja zum Beispiel für uns Bundestagsabgeordnete. Könnte man da nicht berücksichtigen, dass es sich auch in der DDR in manchen Bereichen so verhielt? Das Leben ist ja nicht nachholbar.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Das ist leider wahr! Die Zeit haben Sie den Menschen gestohlen!)

So haben eben viele keine Beiträge gezahlt. Könnte man nun nicht sagen: Okay, das war damals so geregelt, und wir suchen nun für die Betroffenen eine gerechte Regelung?

(Beifall bei der LINKEN)

Maria Michalk (CDU/CSU):

Ich gebe Ihnen Recht, dass verlorene Jahre niemand nachholen kann. Das ist ja gerade die Krux für die Rentner, über die ich gerade gesprochen habe.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: So ist es!)

Es stimmt auch, dass es bestimmte Möglichkeiten außerhalb der Rentenkassen in der Bundesrepublik gibt: berufsständische Versorgungssysteme und andere. Wir reden hier aber von der gesetzlichen Rentenversicherung.

Auf den weiteren Aspekt, den Sie angesprochen haben, dass nämlich eine Einzelbetrachtung sinnvoll sei, werde ich noch eingehen. Zunächst geht es jetzt aber nicht um Bundestagsabgeordnete, sondern um die Überführung des Rentenrechts Ost in das Rentenrecht West. Darauf möchte ich jetzt eingehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es bestreitet niemand, dass die Statistik, die auch ich etwas bemüht habe – das gebe ich zu –, immer etwas Kaltes an sich hat. Durchschnittszahlen treffen niemals Einzelschicksale. Es gab schon viele Termine, an denen die Ostrenten immer mehr den Westrenten angepasst wurden. Wir werden auf diesem Weg in geordneten Schritten weitergehen.

Das Grundsystem stellt nun niemand außer den Linken infrage, die mit ihren heute vorliegenden 16 populistischen Anträgen und ihrem Gesetzentwurf versuchen, Dinge auf den Weg zu bringen, von denen sie selber wissen, dass sie so niemals eintreten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

- Ich komme noch darauf, Herr Gysi.

In den meisten Punkten hat das Bundessozialgericht bzw. das Bundesverfassungsgericht die Grundlagen unserer Gesetzgebung zur Rentenüberführung ja auch bestätigt. Ich bestätige aber auch, dass uns bestimmte Einzelschicksale immer und immer wieder beschäftigen, weil hierbei das Gerechtigkeitsempfinden angesprochen wird.

Weil unsere sozialrechtlichen Regelungen im Rechtsstaat nicht so einfach über Bord geworfen werden können, wie das im sozialistischen Kollektivismus möglich war, haben wir selbstverständlich akzeptiert, wenn gerade zum Bereich der systemnahen Versorgungsregelungen Urteile ergangen sind, die unter den nicht betroffenen Rentnergruppen Unverständnis, manchmal sogar Frust hervorriefen und bestimmte materielle Verwerfungen mit sich brachten. Viele wissen, dass wir erhebliche Nachzahlungssummen im Rahmen unserer Haushaltsführung aufbringen mussten. Gerade im letzten Jahr haben wir so 23 Millionen Euro zusätzlich für die Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung im Nachhinein bereitstellen müssen. Dieses Geld fällt ja auch nicht vom Himmel.

Grundlage für eine vertrauenserhaltende Rentenpolitik ist nach unserer Auffassung in jedem Fall, das Rentengerechtigkeit und Rentenstabilität nicht an statistischen Durchschnittszahlen festgemacht werden, sondern daran, inwieweit ein System in der Lage ist, Verwerfungen zu korrigieren und neu entstandene Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Mehrfach hat das Parlament dies getan. Herr Grund hat das noch einmal in eindrucksvoller Weise in Erinnerung gerufen. Gerade der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ist ein Sensor, der uns hier im Hohen Haus durch seine Berichterstattung immer wieder aufs Neue anzeigt, wo möglicherweise Handlungsbedarf besteht.

Die permanente Diskussion zu unterschiedlichen Fragen des Rentenrechts ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion selbstverständlich ein ständiger Begleiter. Auch das möchte ich noch einmal sagen. Komischerweise just zu dem Zeitpunkt, als öffentlich wurde, dass wir Kollegen aus den neuen Bundesländern mit unserer Bundeskanzlerin zu diesem Themenkomplex eine Meinungsbildung verabredet haben und uns mit den Detailfragen befassten, setzte sich die Fraktion Die Linke auf den fahrenden Zug

(Lachen bei der Linken)

und brachte diese 16 Anträge und den Gesetzentwurf, über die wir heute diskutieren, ein. Die populistischen Züge dieses Vorgehens sind den meisten Gott sei Dank nicht verborgen geblieben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben - das muss ich Ihnen vorwerfen – nur die Absicht, die positive Wirkung unserer Initiative zu zerstören. Das werden wir nicht zulassen.

(Widerspruch bei der Linken)

Wir werden sachgerecht an diesem Thema weiterarbeiten. Wir wollen nicht die Erwartungshaltungen einzelner Rentnergruppen gegeneinander ausspielen. Das wäre nicht richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich denke hier zum Beispiel an die Forscher, die nach der friedlichen Revolution in den weltweit anerkannten Forschungszentren große Aufbauarbeit geleistet haben und nach 1995 in den Ruhestand getreten sind. Diese beklagen sich, wenn sie den Vergleich sehen.

(Zuruf von der Linken: Aha!)

Ich sehe auch die Situation von geschiedenen Frauen. Viele weitere Beispiele könnte ich noch anführen.

(Zuruf von der Linken: Aha!)

Das ist aber keine Aufzählung und auch keine Auswahl, weder eine Zusage noch eine Absage. Ich möchte nur verdeutlichen, dass wir uns mit dem Thema intensiv beschäftigen und von daher auf Ihre Initiative nicht angewiesen sind.

Wahre Demokraten suchen, wenn es unterschiedliche Meinungen in einer so wichtigen Sache gibt, nach einem Konsens, und sie werben dann auch gemeinsam für diesen Konsens. Ich wünsche mir, dass wir dies in den nächsten Monaten schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Heinrich Kolb von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, kann ich nicht alle Einzelfragen besprechen, die in den vorgelegten Anträgen behandelt werden. Alleine die Wiederholung der Überschriften der Anträge, die Sie vorgelegt haben, Herr Gysi, würde meine Redezeit voll in Anspruch nehmen. Ich hatte kurz erwogen, das zu tun, will mich aber auf die systematischen Grundfragen des Themenkomplexes konzentrieren, den Sie heute hier präsentieren.

Es geht im Kern um 16 Anträge betreffend 16 verschiedene Berufs- und Bevölkerungsgruppen in den neuen Bundesländern. Sie wollen für die Beitragszeiten in der ehemaligen DDR zusätzliche Rentenansprüche eröffnen. Die mit den meisten dieser Anträge aufgeworfene Grundfrage lässt sich so zusammenfassen: Sollen und können Besonderheiten des DDR-Rentenrechts auch im SGB VI, also dem gesamtdeutschen Rentenrecht, explizit Berücksichtigung finden, oder bleibt der 1991 gewählte Weg der Rentenüberleitung richtig, wonach in der DDR erworbene Anwartschaften in das einheitliche gesamtdeutsche System des SGB VI mit all seinen Vorteilen überführt wurden, bestimmte Einzelregelungen des DDR-Rechts, die dem SGB VI fremd waren, aber nicht übertragen wurden?

Das ist eine Frage der Abwägung, die man auch heute wieder vornehmen kann und darf. Denn einerseits führt der mit dem Rentenüberleitungsgesetz gewählte Weg dazu, dass Besonderheiten, zum Beispiel besondere Steigerungssätze betreffend Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR oder Sonderansprüche auf frühe Rente für Mitglieder des Balletts der ehemaligen DDR, nicht übernommen wurden. Andererseits kamen mit dem Konzept der Rentenüberleitung den Bürgern in den neuen Bundesländern alle Vorteile des SGB VI voll zugute, auch solche – das muss man auch einmal sagen –, die es nach DDR-Recht nicht gab, zum Beispiel Anrechnungs- und Zurechnungszeiten für Ausbildung und Kindererziehung, weitgehende Frühverrentungsmöglichkeiten, teilweise ohne Abschläge, wovon in den neuen Bundesländern zu Beginn der 90er-Jahre vielfach Gebrauch gemacht wurde.

Zusätzlich – das ist auch ein wichtiger Punkt – wurde für Versicherte mit Entgeltpunkten Ost über die Hochwertung von Entgeltpunkten ein System geschaffen, das bis heute dazu führt, dass man für jeden Euro, den man in den neuen Bundesländern einzahlt, einen höheren Rentenanspruch erhält als für den gleichen Eurobetrag, den man in den alten Ländern einzahlt. Von dieser Höherbewertung profitieren auch alle

Bestandsrentner. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Bürger der ehemaligen DDR ihre Rentenansprüche in einem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem erworben haben, das am Rande der Insolvenz stand. Frau Bunge, auch daran muss man erinnern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU - Manfred Grund [CDU/CSU]: Es war insolvent!)

- Ja, ich habe es nur ein bisschen vornehmer ausgedrückt.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das war ein Staatsbankrott! Das sind die Bankrotteure da drüben!)

Die DDR-Rentenansprüche werden nun von einem finanziell starken und verlässlichen System, nämlich der gesamtdeutschen gesetzlichen Rentenversicherung, eingelöst.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kolb, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Dr. Bunge?

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Selbstverständlich.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE):

Kollege Kolb, ich habe mich gemeldet, als Sie von der Höherbewertung sprachen. Ich möchte Ihnen eine Frage stellen, weil sehr oft behauptet wird, dies sei eine besondere, zusätzliche Leistung. Wenn man das Einkommen, das in den neuen Ländern erzielt wird, zum dortigen Durchschnitt ins Verhältnis setzen würde, bräuchte man den Höherbewertungsfaktor nicht. Wenn der ostdeutsche Durchschnitt bei 800 Euro läge und man ein Einkommen dieser Höhe hätte, erhielte man einen Punkt. Da man aber vom gesamtdeutschen Durchschnitt ausgeht, der - um es einfach zu machen; das sind fiktive Zahlen - 900 Euro beträgt, werden die 800 Euro im Hinblick auf die Rentenansprüche entwertet. Deshalb muss das ostdeutsche Einkommen höher bewertet werden, um auf einen Entgeltpunkt zu kommen. Das ist doch angesichts der höheren Einkommen im Westen gegenüber dem Osten nur gerecht.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Was ist die Frage?)

Geben Sie mir Recht, dass eine Höherbewertung gar nicht nötig wäre, wenn man vom ostdeutschen Durchschnitt ausginge, dass es sich dabei also nicht um ein Geschenk handelt?

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Frau Kollegin Bunge, wir führen diese Diskussion im Jahre 18 nach der deutschen Einheit. Deswegen kann man Entwicklungen rückblickend bewerten, die bei der Beantwortung Ihrer Frage berücksichtigt werden müssen. In der Tat gibt es Einkommensunterschiede zwischen den alten Bundesländern und den neuen Bundesländern. Natürlich gibt es auch in den alten Bundesländern erhebliche Einkommensunterschiede, etwa zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und Ostfriesland oder dem Bayerischen Wald. Daraus ergibt sich immer eine Problematik bei der Betrachtung des Durchschnittseinkommens, wie Sie sie hier angestellt haben. Man kann aber heute sagen: Es gibt in den neuen Bundesländern durchaus sehr einkommensstarke Gebiete, die sich jedenfalls mit schwächeren Gebieten in den alten Bundesländern mehr als nur messen können; ich denke dabei zum Beispiel an den Raum Leipzig/Halle.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na!)

Frau Kollegin Bunge, man kann sagen, dass die Kombination aus Höherbewertung bei den Entgeltpunkten und einem niedrigeren Rentenwert im Osten im Saldo gleichwohl zu einem Vorteil für die Rentner in den neuen Bundesländern, zu etwa 4 Prozent mehr Rente, führt. Das ist ein Fakt, der heute mehr denn je gilt. Deswegen glaube ich, dass man zu Recht darauf hinweisen darf, dass die Höherbewertung im Osten ein Vorteil für die Rentner, auch für die Bestandsrentner, in den neuen Bundesländern darstellt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich habe gesagt, dass die Rentenansprüche heute von einem sehr starken, verlässlichen Rentensystem eingelöst werden. Man darf auch nicht vergessen, dass es in der DDR offiziell keine Arbeitslosigkeit gab. Die Bestandsrentner in den neuen Bundesländern profitieren seit 1991 bis heute von diesem Vorteil scheinbarer

Vollbeschäftigung im System der Planwirtschaft über die daraus resultierenden langen Versicherungszeiten. Im Ergebnis führt all das dazu, dass heute die gesetzlichen Renten in den neuen Bundesländern – das gilt besonders für Frauen – höher als in den alten Bundesländern liegen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Weil sie lange gearbeitet haben!)

Es spricht also einiges dafür, dass die Kombination von langer Beitragszahlungsdauer und Finanzierungsstärke des gesamtdeutschen Systems eventuell entstehende Nachteile auszugleichen vermag.

(Beifall bei der FDP)

Herr Gysi, man kann bei einer Systemvereinigung nicht erwarten, dass man die Vorteile aus zwei Systemen mitnehmen kann. Eine solche Rosinenpickerei kann nicht die Grundlage eines Gesetzes zur Vereinigung von Sozialsystemen sein. Genau das macht aber die Essenz der Anträge der Linken aus: Sie fokussieren sich auf die Besonderheiten, die weggefallen sind, unterschlagen aber die Vorteile, die den Menschen durch das gesamtdeutsche System zugute kommen.

(Beifall bei der FDP)

Sie schaffen ein Zerrbild, das – es ist hier schon erwähnt worden – auch vor der Gerichtsbarkeit keinen Bestand hat. Trotzdem muss man die einzelnen Fälle genau prüfen. Das wollen wir mit Ihnen gemeinsam tun: jeden der 16 Fälle, einen nach dem anderen.

Es stimmt nicht, Herr Gysi, dass die FDP hier nicht initiativ geworden wäre. Ich verweise nur auf unseren Antrag aus der letzten Legislaturperiode - Bundestagsdrucksache 15/842 – zugunsten einer Versorgungsregelung für das mittlere medizinische Personal.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: Bestimmte Gruppen!)

Wir sind sehr daran interessiert, durch parlamentarische Initiativen problematische Sachverhalte aufzuklären und notfalls auch sozialpolitisch nicht erwünschte Lücken zu schließen. In diesem Sinne werden wir uns ganz objektiv mit Ihren Anträgen befassen. Falsch ist aber der von den Linken vorgeschlagene Weg, generell alle Vorteile aus dem DDR-System und dem gesamtdeutschen System zu kombinieren.

Abschließend sei angemerkt, dass die Linke – bisher jedenfalls – keinen einzigen Finanzierungsvorschlag vorgelegt hat. Das machen Sie wahrscheinlich im Ausschuss. Die Finanzierungsvorstellungen der Linken kommen am besten im Antrag auf Drucksache 16/7021 zum Ausdruck:

Zur Lösung des Problems ist einzig der politische Wille gefragt.

Daran hält sich die Wirklichkeit leider nicht immer, Herr Gysi. Wenn wir uns ernsthaft mit diesen Fragen befassen wollen, dann müssen wir sie im Ausschuss schon ein bisschen differenzierter betrachten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Anton Schaaf von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Anton Schaaf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gysi, ich bin Ihnen zunächst einmal dankbar, dass Sie darauf hingewiesen haben – das ist besonders bemerkenswert –, welche herausragend große gesellschaftliche Leistung es war, das Rentensystem West auf das Rentensystem Ost zu übertragen.

Dass das eine enorme gesellschaftliche Leistung war, wird besonders deutlich, wenn man sich die Grundlagen des Rentensystems der DDR in Erinnerung ruft. Beispielsweise betrug die Beitragsbemessungsgrenze damals 600 Ostmark, obwohl die Menschen Anfang/Mitte der 80er-Jahre schon das Doppelte verdient haben. Daraus ergab sich ein durchschnittlicher Anspruch von 450 Ostmark Rente. Wenn wir diesen Anspruch eins zu eins übertragen hätten, dann lebten heute im Osten der Republik Millionen von Rentnerinnen und Rentnern in Armut.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es geschafft, das zu verhindern. Das ist eine herausragende gesellschaftliche Leistung, wie ich finde. Jenseits der Frage, wie das finanziert worden ist, darf man festhalten, dass das eine riesige Leistung ist, die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammen mit den Arbeitgebern als Beitragszahler und Steuerzahler in diesem Land gemeinschaftlich vollbracht worden ist.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Den Ost-West-Vergleich, der immer wieder gerne angestellt wird, Herr Gysi, um eine bestimmte Klientel - eventuell auch als Wählerpotenzial - im Osten zu bedienen, halte ich für falsch.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Sie sind auf die Rentenhöhe in Ost und West eingegangen. Man darf das durchaus differenziert betrachten. Ich argumentiere nicht mit den Familienrenteneinkommen im Osten und im Westen. Es gibt sicherlich einen Unterschied bei den Alterseinkünften - also den gesamten Einkünften - und den Renten. Er beruht darauf, dass es in der ehemaligen DDR und in der früheren Bundesrepublik verschiedene Vorsorgesysteme gab. Das ist in der Tat richtig.

Aber wenn man die Rente isoliert betrachtet, dann wird deutlich, dass die Renten bei Männern und Frauen im Osten der Republik im Durchschnitt höher sind als im Westen, was vor dem Hintergrund der Erwerbsbiografien berechtigt ist. Das hat zunächst einmal nichts mit den Familieneinkommen und den Alterseinkünften zu tun, Herr Gysi.

Wenn man das differenziert betrachtet, dann muss man schon genau sein und nicht das Familieneinkommen, sondern den Anspruch des Einzelnen zugrunde legen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Berechnungsgrundlage ist die Erwerbstätigkeit. Frauen waren in der DDR im Durchschnitt wesentlich häufiger und länger erwerbstätig als im Westen. Das ist eine Tatsache. Deswegen ist Altersarmut ein Problem, das wir zurzeit im Wesentlichen im Westen konstatieren. Altersarmut ist in der Tat überwiegend westlich und weiblich, weil die Frauen im Westen andere Erwerbsbiografien haben, als es früher bei den Frauen im Osten der Fall war.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schaaf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gysi?

Anton Schaaf (SPD):

Gerne, bitte. Aber nicht zum Flughafen, Herr Gysi.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

- Nein, ich bleibe beim Thema. Ich begrüße Ihre Feststellung, dass man nicht das Familienrenteneinkommen zugrunde legen kann, sondern vom Einkommen des Einzelnen ausgehen muss. Ich weise Sie aber über den von mir erwähnten Unterschied zwischen Betriebsrenten und Vermögen hinaus noch auf einen weiteren Unterschied hin: Im Osten gibt es nur die gesetzliche Rente. Es sind ja keine Pensionsansprüche entstanden.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Nun warten Sie doch mal! Dadurch geschieht bei der Ermittlung des Durchschnitts etwas, was an folgendem Beispiel deutlich wird: Ein berühmter Gerichtsmediziner der DDR von der Charité, ein Österreicher, Herr Prokop, hat bis zum Bundesverfassungsgericht geklagt und bekam dann eine deutlich höhere Rente zugebilligt. Diese höhere Rente geht in den Durchschnitt der Rente Ost ein. Ein solcher Professor für Gerichtsmedizin bekäme in den alten Bundesländern immer eine Pension, die nicht in den Durchschnitt der gesetzlichen Rente eingerechnet wird.

Auf dieses Moment muss man hinweisen. Deshalb ist der Vergleich mit der Durchschnittshöhe falsch, weil im Westen eine Reihe von Leuten nicht in die Ermittlung des Durchschnitts einbezogen werden, während im Osten Leute mit ähnlich hohen Renten eingerechnet werden. Verstehen Sie, was ich meine?

(Beifall bei der LINKEN - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie hoch ist denn Ihr Einkommen?)

Anton Schaaf (SPD):

Sie haben eben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass Politik nicht immer – dazu hat der Kollege Kolb schon etwas gesagt – allen gerecht werden kann, dass die Politik aber, was die Privilegien besonderer Gruppen in der DDR angeht, sozusagen gerichtlich gezwungen war, diese nachzuvollziehen. An dieser Stelle gebe ich Ihnen ausdrücklich recht: Diejenigen, die sich in der DDR selbst die Pfründe zugestanden haben, wollten diese in die

Bundesrepublik Deutschland hinüberretten und haben dann oft erfolgreich geklagt. Das führt natürlich dazu, dass der Rentenschnitt insgesamt angehoben wird.

Eine Forderung, die Sie gestellt haben, ist völlig falsch. Es geht um Hochschulprofessoren aus der DDR, deren Rente so berechnet werden soll, als hätten sie ihr Leben lang auf Westniveau gearbeitet, also eine Höherbewertung ihrer Tätigkeit. Das halte ich für falsch. Die Anträge zu diesem Thema würde ich ablehnen, weil sie bedeuten würden, alte Privilegien, die man sich in der DDR selber zugestanden hat, nach neuem Recht fortzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich das aufgreifen, worauf Frau Michalk zu Recht hingewiesen hat. Man muss Ihre Anträge differenziert betrachten. Es geht um die Menschen, die zu DDR-Zeiten hart und schwer gearbeitet haben und denen Versprechungen gemacht worden sind. Ihnen wurden ungedeckte Schecks auf die Zukunft ausgestellt, die natürlich nicht eingelöst werden konnten. Diese Menschen fühlen sich jetzt, wie ich finde, zu Recht benachteiligt. Aber diese Schecks sind nicht vom jetzt gültigen Rentensystem ausgestellt worden, sondern sie wurden von dem System ausgestellt, das kaputt gegangen ist. Diese Schecks sollen jetzt eingelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In einzelnen Bereichen müssen, sollten und werden wir uns sicherlich ganz genau anschauen, wo es Ungerechtigkeiten gibt, die man beseitigen muss. Da bin ich durchaus bei Ihnen. Das gilt aber nicht für alle Punkte. In Ihren Anträgen geht es auch um die alten Parteikader, die den Menschen in der DDR diese Schecks ausgestellt haben, wohl wissend, dass sie diese nie einlösen können. Diese Parteikader wollen nun ihre Pfründe und Privilegien, die sie in der DDR hatten, einklagen und haben über Sie einen Anwalt dafür gefunden, diese in die Neuzeit zu retten. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass wir hier sicher nicht mitmachen werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Widerspruch bei der LINKEN - Abg. Dr. Martina Bunge [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, ich lasse keine Zwischenfragen mehr zu.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Also keine Zwischenfrage.

Anton Schaaf (SPD):

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion noch ein paar andere Dinge ansprechen. Zum Thema ungedeckte Schecks aus alten Zeiten habe ich eben ein paar Sätze verloren. Schauen wir uns an, was Sie – das ist hoch spannend – zum Thema Renten und Ostrenten fordern, gerade in den letzten Tagen – man kann sich das ja jenseits der Frage von einzelnen Berechtigungen einfach mal nüchtern ansehen – : Sie fordern eine Angleichung der Ostrenten. Die Höherbewertung, die Herr Kolb angesprochen hat, wird dabei aber nicht infrage gestellt, sondern bleibt schlichtweg bestehen. Sie fordern darüber hinaus, dass das, was Sie mit Ihren 16 Anträgen und einem Gesetzentwurf vorgelegt haben, für die ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR verwirklicht wird. Sie fordern eine Rentenerhöhung – das werden wir in der nächsten Sitzungswoche diskutieren – von vier Prozent.

Das, was Sie da machen, ist schon einmal gescheitert, und darüber beklagen sich die Menschen im Osten: Sie wollen den Menschen ungedeckte Schecks ausstellen. Diese Schecks müssen ausgezahlt werden; aber Sie bleiben jede Antwort schuldig, wer diese Schecks bezahlt. Sie formulieren sogar selber, dass die finanziellen Fragen, die sich aus Ihren Anträgen ergeben, nachrangig sind.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Aber sind Sie nicht bereit, ernsthaft darüber nachzudenken?)

Nein, so kann man nicht ernsthaft Politik machen! Ernsthaft kann man Politik nur machen, indem man seriöse Angebote unterbreitet und sagt, wer diese Angebote finanziert. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Zu den wichtigen Punkten in dieser Debatte gehört noch etwas. Es gibt nach wie vor Bereiche, die man sich genau anschauen sollte. Es geht beispielsweise um die Menschen, die im Gesundheitswesen gearbeitet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht beispielsweise um den Bereich Tagebau. Das ist aber immer mit der Frage zu verbinden, welche Wechselwirkungen bestehen. Herr Gysi, Sie haben die Geschiedenen angesprochen. Das hätte, wenn man es konsequent durchzieht, durchaus Wechselwirkungen; es käme zu Auswirkungen auf die Westrentnerinnen und -rentner. Man muss aufpassen, was man da im Einzelnen macht, und muss solche Wechselwirkungen im Auge behalten. Das hat nämlich finanzielle Auswirkungen, die besonders dramatisch werden können.

Ich komme dann auch zum Schluss und spreche nur noch zwei Sachen an, weil sie mir sehr wichtig sind: Zum ersten Punkt. Weil die Debatte um die Grundsicherung und die Grundrente so aktuell ist, sage ich einmal: Wer eine Grundrente oder Mindestrente will – das sage ich nicht in Richtung der Linken, sondern in die andere Richtung des Hauses –, kommt an Mindestlöhnen nicht vorbei; denn anders funktioniert das System nicht. Das eine gehört mit dem anderen zusammen. Alle, die über eine Mindestrente spekulieren und philosophieren, sollten vor Mindestlöhnen nicht haltmachen.

Zum zweiten Punkt. Herr Gysi, wir könnten uns das ein bisschen aufteilen. Das wäre vielleicht eine ganz spannende Geschichte. Was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR angeht, die jeden Tag schwer gearbeitet haben und sich erhoffen, dass ihre Ansprüche jetzt endlich verwirklicht werden, können wir gern miteinander reden. Was die Parteikader und die Staatskader angeht, die das Chaos mit verursacht haben, wäre es schön, wenn man sagen könnte: Helfen Sie bei dem SED-Vermögen, das zwischenzeitlich verlorengegangen ist,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: "Verlorengegangen" ist gut!)

durch Ihre Aussage mit, dass es wiedergefunden wird! Die Erfolgsprämie für die SED-Kader bezahlen dann Sie, und wir kümmern uns um die Menschen, die in der DDR gearbeitet haben. Das wäre doch eine vernünftige Aufteilung. Dann kämen wir einen Schritt weiter.

Lassen Sie mich noch einen letzten Aspekt ansprechen. Heute Morgen hat es eine Debatte um Wohn-Riester gegeben. In dieser Debatte hat der Kollege Schneider von Ihrer Fraktion mehrere Beispiele dafür genannt, dass Wohn-Riester den Menschen nicht helfen würde. Ich gebe ihm ausdrücklich recht: Wohn-Riester ist ein Angebot; selbstverständlich.

Dann hat er den Solo-Selbstständigen aus dem Saarland erwähnt. Natürlich kenne ich Solo-Selbstständige und ihre Probleme, auch die Probleme, die mit der Altersversorgung zusammenhängen. Den besonderen Solo-Selbstständigen aus dem Saarland, den er meinte, kannte ich nicht. Aber ich kenne einen Solo-Selbstständigen aus dem Saarland. Der ist deshalb solo-selbstständig, weil er machen kann, was er will – in einer Beliebigkeit, die schon unglaublich ist; von Woche zu Woche ein anderes Thema. Der braucht den Wohn-Riester nicht. Aber er sollte vielleicht zugestehen, dass dieses Instrument anderen helfen würde, auch so ein wunderschönes Anwesen zu bekommen, wie er es im Saarland hat.

In dem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort der Kollegin Dr. Martina Bunge.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Erfahren wir jetzt, wo das SED-Vermögen ist?)

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE):

Ich wollte eigentlich eine Frage stellen; aber das war nicht möglich. Ich möchte nicht zu Tempelhof sprechen, dadurch aber vielleicht ein bisschen Zeit für das Thema Rente gewinnen.

Mit Wohlwollen nehme ich auf, dass fast alle Fraktionen – eine Fraktion haben wir noch nicht gehört – nachdenken wollen. Damit wir im Ausschuss konstruktiv nachdenken können, rate ich, schon einmal zu überlegen, was man hier als Pfründe und als Privilegien einordnet, und nachzulesen, wo der Hase im Pfeffer liegt.

Wenn Sie in Bezug auf alle Ärztinnen und Ärzte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, überhaupt alle Akademikerinnen und Akademiker – Herr Dr. Gysi hat das Beispiel von Professor Prokop genannt – sagen, dass sie vor Gericht gehen, um ihre alten Pfründe zu sichern, dann müssen Sie doch einmal überlegen, auf welcher Grundlage das geschieht. Die Grundlage ist: Da war jemand in einem Zusatzversorgungssystem, das den Systemen der Beamtenversorgung in der Bundesrepublik nachgebildet war, und hat dafür Beiträge gezahlt. Die Beiträge sind jetzt null und nichtig, weil er, brutal gesagt, in die Rente gestopft wurde.

Ist es denn ein Privileg, wenn eine Frau mit freiwilligen Beiträgen ihre Anwartschaften sichert, damit bei Pflege von Angehörigen ihre Rentenanswartschaft gewahrt wird? Das ist für mich eine sehr eigentümliche Einschätzung.

Ich bitte Sie, das noch einmal nachzulesen, bevor wir in eine – hoffentlich konstruktive – Debatte einsteigen. Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schaaf zur Erwiderung.

Anton Schaaf (SPD):

Sehr geehrte Frau Kollegin, ich bleibe bei dem, was ich eben gesagt habe. Wenn man so vorgeht, wie Sie das tun, vernachlässigt man die Differenzierung. Ich halte es bei der Masse Ihrer Anträge aus Gründen der Differenzierung für angemessen, darauf hinzuweisen, dass sich hinter denen, die vielleicht berechtigterweise Ansprüche geltend machen, auch die alten Kader der SED und die alten Kader aus dem Staatsapparat verstecken.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Sie können alles einzeln abstimmen!)

Ja, deswegen stellen Sie Einzelanträge. Aber in der Masse der Anträge geht das letzten Endes unter; deshalb sind ja so massenhaft Anträge gestellt worden. Aus diesem Grund habe ich noch einmal darauf hingewiesen. Man sollte mit der Frage, ob Ansprüche jenseits von Einzelinteressen berechtigt sind, sensibel umgehen. Da Sie sich in der Rentenpolitik in letzter Zeit in der Form engagieren, dass Sie viele Anträge stellen, möchte ich noch auf folgenden Punkt hinweisen. Ich habe einmal nachgeschaut, was die Linke zum Thema Rente auf ihrer Internetseite aussagt. Man muss sich ja, was die politische Konkurrenz angeht, auf dem Laufenden halten. Was ich dort gefunden habe, passt auf eine DIN-A4-Seite und umfasst sieben Sätze.

Frau Kipping hat beim letzten Mal zu Recht davon gesprochen – ich würde Ihnen empfehlen, Frau Kipping in diesem Punkt beizuspringen –, dass Sie kein rentenpolitisches Konzept haben. Es gibt eine Menge von Einzelforderungen, aber keine Stringenz in Ihren Vorschlägen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Stellen Sie uns einmal Ihr differenziertes Rentenkonzept vor! Wir werden diese Differenziertheit dann mit Sicherheit bei der Beurteilung Ihrer Vorschläge ebenfalls an den Tag legen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat die Kollegin Irmgard Schewe-Gerigk vom Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Irmgard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob es an den Landtagswahlen im kommenden Jahr in einigen neuen Bundesländern liegt, dass die Linke heute knapp 18 Jahre nach dem Einigungsvertrag und mehr als 16 Jahre nach Inkrafttreten des Rentenüberleitungsgesetzes 17 Anträge präsentiert, bei denen es ausschließlich um Ostrenten geht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das haben wir schon Anfang der 90er-Jahre gemacht!)

Ich habe mir die Mühe gemacht, das Ergebnis Ihrer Fleißarbeit einmal genauer zu studieren. Ich muss sagen, dass Sie den Menschen Sand in die Augen streuen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie machen eine Reihe von Vorschlägen, die schon durch mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts bzw. der Bundessozialgerichte und durch die UN-Menschenrechtskonvention abgelehnt wurden. Allein in zwölf Anträgen wollen Sie überwiegend eine Weiteranwendung des DDR-Rentenrechts. Man muss sich schon entscheiden, ob man das alte oder das neue System möchte. Denn beides zusammen geht nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In einem Antrag wollen Sie Defizite im DDR-Recht aus den 50er-Jahren zugunsten der ehemals Selbstständigen in der DDR im Nachhinein korrigieren – mehr als ein halbes Jahrhundert später. Wer soll das eigentlich ernst nehmen? Bei sechs Anträgen ist der Bundestag der völlig falsche Adressat. Mindestens in zwei Anträgen wollen Sie bei vergleichbaren Sachverhalten die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern

besser stellen, als das nach dem geltenden Recht überhaupt möglich ist. Außer bei den in der DDR Geschiedenen wären die Begünstigten ausschließlich Menschen, die nicht gerade zu den Verlierern und Verliererinnen der deutschen Einheit zählen.

Bei den vor 1992 Geschiedenen gibt es in der Tat sicherlich viele, zumeist Frauen, bei denen die Zusammenführung der beiden Rechtssysteme zu sozialen Härten geführt hat, die bis heute, auch trotz Versuchen der Grünen, nicht aufgelöst werden konnten. Aber da steht die Verfassung wegen der nicht möglichen Anwendung des Versorgungsrechts im Nachhinein davor. Eine Härtefallregelung wäre das Einzige, was man hier machen könnte, um das Problem zu lösen.

Meine Damen und Herren von der Linken, Sie setzen die Prioritäten falsch. Wer heute in den neuen Ländern bereits eine Rente bezieht oder aber im öffentlichen Dienst einen sicheren Arbeitsplatz hat, braucht keine Nachbesserung. Ich will Ihnen eine Zahl nennen: Ein Versicherter hat nach 18 Jahren im Westen eine Rente von 473 Euro und im Osten von 555 Euro; also 82 Euro mehr für den Ostrentner.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Aber Sie nehmen den falschen Durchschnitt! Sie haben die Professoren mitgerechnet!)

Dies ist nachzulesen in einer Antwort der Bundesregierung. Das verschweigen Sie den Menschen. Sie wiegeln die Menschen im Osten gegen die im Westen auf. Das ist Klientelpolitik pur.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir Grüne stehen zu einer Gesamtverantwortung. Da verläuft die Grenze nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Arm und Reich. Darum sehen wir als Grüne einen erheblichen Nachbesserungsbedarf zur Vermeidung von Armutsrisiken bei den kommenden Generationen in Ost und in West; denn die massive Ausweitung des Niedriglohnbereichs und die Freisetzung von Arbeitskräften fanden ja in großem Ausmaß auch in den neuen Ländern statt.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Das ist zu Ihrer Regierungszeit passiert!)

Das bedeutet aber auch: Wir müssen die begrenzten finanziellen Möglichkeiten zielgenau auf Maßnahmen der Rentenpolitik konzentrieren, die Geringverdienende individuell vor Armut im Alter schützen. Wir brauchen Lösungen, die verhindern, dass derjenige, der wenig verdient, aber Beiträge zahlt, zu den Armen von morgen zählt. Das ist aber unabhängig vom Wohnort notwendig.

Auch in den alten Ländern wird das Armutsrisiko im Alter steigen. Darum freue ich mich, dass die Bundeskanzlerin heute erstmalig dieses Problem erkennt, die Stärkung der Grundsicherung im Alter – ein Vorschlag der Grünen – fordert und eine steuerfinanzierte Aufwertung für Geringverdienende nicht mehr ausschließt. Gratulation!

Ich fasse zusammen: Die Anträge der Linksfraktion setzen mehrheitlich auf die Begünstigung von Rentnerinnen und Rentnern im Osten Deutschlands. Sie setzen auf die falschen Prioritäten. Wir müssen die kommenden Armutsrisiken im Alter in Ost und West bekämpfen. Dazu gehört Ehrlichkeit und nicht das Vorgaukeln falscher Tatsachen. Ich freue mich auf die Debatte, die wir im Ausschuss dazu führen werden.

Ein Wort möchte ich aber noch sagen: Ich finde es wirklich unbegreiflich, wie man die Situation von Menschen, denen es zum Teil schlecht geht, in der Weise ausnutzen kann, dass man dazu Anträge in den Bundestag einbringt – wohl wissend, dass daran nichts zu ändern ist.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: Wir sind doch der Gesetzgeber! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Peinlich! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Ich finde, das ist eine Politik, die mit Verantwortung nichts zu tun hat.
Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/7035 und 16/7019 bis 16/7034 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.